



## Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-07071-VSP-02

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
**Dezernat Wirtschaft, Arbeit und Digitales**

Stammbaum:  
VII-A-07071 Fraktion Freibeuter  
VII-A-07071-ÄA-01 Marcus Weiss  
VII-A-07071-VSP-02 Dezernat Wirtschaft,  
Arbeit und Digitales

Betreff:  
**Umbenennung des Leipzig/Halle Flughafens in Hans-Dietrich-Genscher-Flughafen**

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):  
Gremium

DB OBM - Vorabstimmung  
Dienstberatung des Oberbürgermeisters  
Verwaltungsausschuss  
Ratsversammlung

Voraussichtlicher  
Sitzungstermin

26.10.2022  
09.11.2022

Zuständigkeit

Bestätigung  
Bestätigung  
Vorbereitung  
Beschlussfassung

### Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

Rechtswidrig und/oder

Nachteilig für die Stadt Leipzig.

Zustimmung

Ablehnung

Zustimmung mit Ergänzung

Sachverhalt bereits berücksichtigt

Alternativvorschlag

Sachstandsbericht

### Beschlussvorschlag

Der Antrag VII-A-07071 wird abgelehnt.

### Räumlicher Bezug

Flughafen Leipzig/Halle

### Zusammenfassung

Anlass der Vorlage:

Rechtliche Vorschriften

Stadtratsbeschluss

Verwaltungshandeln

Sonstiges: Antrag VII-A-07071

Beantragt wird, dass sich die Stadtverwaltung in der Mitteldeutschen Flughafen AG für eine

Umbenennung des Flughafens Leipzig/Halle in Hans-Dietrich-Genscher-Flughafen einsetzt.

Der ablehnende Verwaltungsstandpunkt beruht auf dem Prinzip einer grundsätzlichen neutralen Haltung des Staates und seiner Einrichtungen gegenüber einzelnen Vertretern des Staates.

## Finanzielle Auswirkungen

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	nein		wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft	<input type="checkbox"/>	nein		ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung
Folgen bei Ablehnung	<input type="checkbox"/>	nein		ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?	<input type="checkbox"/>	nein		ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Im Haushalt wirksam		von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt	Erträge				
	Aufwendungen				
Finanzhaushalt	Einzahlungen				
	Auszahlungen				
Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?			nein		wenn ja, nachfolgend angegeben

Folgekosten Einsparungen wirksam		von	bis	Höhe in EUR/Jahr	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE	Ergeb. HH Erträge				
	Ergeb. HH Aufwand				
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ergeb. HH Erträge				
	Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)				
	Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen				

<b>Steuerrechtliche Prüfung</b>		nein		wenn ja
Unternehmerische Tätigkeit i.S.d. §§ 2 Abs. 1 und 2B UStG		nein		ja, Erläuterung siehe Punkt 4 des Sachverhalts
Umsatzsteuerpflicht der Leistung		nein		ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Bei Verträgen: Umsatzsteuerklausel aufgenommen		ja		nein, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

<b>Auswirkungen auf den Stellenplan</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	nein		wenn ja, nachfolgend angegeben
Beantragte Stellenerweiterung:				Vorgesehener Stellenabbau:

## Ziele

### Hintergrund zum Beschlussvorschlag:

### Welche strategischen Ziele werden mit der Maßnahme unterstützt?

## 2030 – Leipzig wächst nachhaltig!

### Ziele und Handlungsschwerpunkte

#### Leipzig setzt auf Lebensqualität

- Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur



#### Leipzig besteht im Wettbewerb

- Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte

- Nachhaltige Mobilität
- Vorsorgende Klima- und Energiestrategie
- Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
- Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraum-angebote

- Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
- Vorsorgendes Flächen- und Liegenschafts-management
- Leistungsfähige technische Infrastruktur
- Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

**Leipzig schafft soziale Stabilität**

- Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- Bezahlbares Wohnen
- Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote
- Lebenslanges Lernen
- Sichere Stadt

**Wirkung auf Akteure**

- Bürgerstadt
- Region
- Stadtrat
- Kommunalwirtschaft
- Verwaltung

**Leipzig stärkt seine Internationalität**

- Weltoffene Stadt
- Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- Imageprägende Großveranstaltungen
- Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

**Sonstige Ziele**

Bei Bedarf überschreiben (max. 50 ZML)

**Trifft nicht zu**

## Klimawirkung

### Klimawirkung durch den Beschluss der Vorlage

#### Stufe 1: Grobe Einordnung zur Klimawirkung (Klimaschutzes und zur –wandelanpassung)

- |   |  |                                     |                                 |
|---|--|-------------------------------------|---------------------------------|
| Eingesetzte Energieträger (Strom, Wärme, Brennstoff)                                  | <input type="checkbox"/> keine / Aussage nicht möglich   | <input type="checkbox"/> erneuerbar | <input type="checkbox"/> fossil |
| Reduziert bestehenden Energie-/Ressourcenverbrauch                                    | <input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich   | <input type="checkbox"/> ja         | <input type="checkbox"/> nein   |
| Speichert CO2-Emissionen (u.a. Baumpflanzungen)                                       | <input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich   | <input type="checkbox"/> ja         | <input type="checkbox"/> nein   |
| Mindert die Auswirkungen des Klimawandels (u. a. Entsiegelung, Regenwassermanagement) | <input type="checkbox"/> Aussage nicht möglich   | <input type="checkbox"/> ja         | <input type="checkbox"/> nein   |
| Abschätzbare Klimawirkung mit <u>erheblicher Relevanz</u>                             | <input type="checkbox"/> ja, da Beschlussgremium RV, GVA, oder VA <u>und</u> mind. 5 Jahre Betriebs- und Nutzungsdauer | <input type="checkbox"/> ja         | <input type="checkbox"/> nein   |
| Vorlage hat keine abschätzbare Klimawirkung   | <input checked="" type="checkbox"/> ja ( <u>Prüfschema endet hier.</u> )   |                                     |                                 |

#### Stufe 2: Die Vorlage berücksichtigt die zentralen energie- und klimapolitischen Beschlüsse (s. leipzig.de)

- ja       nein (Begründung s. Abwägungsprozess)       nicht berührt (Prüfschema endet hier.)

#### Stufe 3: Detaillierte Darstellung zur abschätzbaren Klimawirkung nur bei erheblicher Relevanz

- Berechnete THG-Emissionen (in t bzw. t/a): \_\_\_\_\_

liegt vor: s. Anlage/Kapitel der Vorlage: \_\_\_\_\_

wird vorgelegt mit: \_\_\_\_\_ (z. B. Planungsbeschluss, Baubeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss)

## **Sachverhalt**

### **Beschreibung des Abwägungsprozesses:**

Der Verwaltungsstandpunkt ist vereinbar mit dem Hinweis der Mitteldeutsche Flughafen AG, dass sich keine neue Sachlage gegenüber einem entsprechenden Antrag ergibt, den die Gremien der MFAG bzw. der Flughafen Leipzig/Halle GmbH bereits vor 5 Jahren abgelehnt haben, und dass die Kosten einer Umbenennung beträchtlich wären.

### **I. Eilbedürftigkeitsbegründung**

Keine Eilbedürftigkeit

### **II. Begründung Nichtöffentlichkeit**

Keine Nichtöffentlichkeit

### **III. Strategische Ziele**

entfällt

### **IV. Sachverhalt**

#### **1. Begründung**

Einrichtungen und Infrastrukturen von überregionaler Bedeutung, die öffentlich finanziert und genutzt sind, werden in der Bundesrepublik Deutschland üblicherweise nicht nach Trägern staatlicher Ämter benannt.

Eine möglichst weitgehende Neutralität des Bundes und der Länder in der Ehrung und Würdigung der Repräsentanten dieser Staatsebenen zeichnet den deutschen demokratischen Rechtsstaat aus, der sich insoweit auf protokollarische Ehrungen beschränkt. Dieser Neutralitätskonsens ist ein gewollter Bruch mit Traditionen des Personenkultes um Kaiser, Feldherren, Führer oder Staatsratsvorsitzende in früheren deutschen Staatsformen. Dieser Konsens wird auch durch seltene Ausnahmen (z. B. Namensweiterungen der Flughäfen München oder Köln/Bonn) grundsätzlich nicht aufgehoben.

Der Neutralitätskonsens hat geholfen, Diskussionen um die Verdienste von Vertretern des Staates und der politischen Parteien als politische Diskussionen und nicht in außerpolitischen und sachfremden Zusammenhängen zu führen. Benennungen von Einrichtungen und Infrastrukturen zur Auszeichnung und Ehrung sind auf die lokale Ebene beschränkt. Dass sogar lokal die Kontroversen um Namensgebungen der Vergangenheit und daraus folgende Umbenennungen zunehmen, belegt den Wert des Neutralitätskonsenses für die politische Kultur in Deutschland insgesamt.

Auch wenn für die Benennung des Flughafens Leipzig/Halle ein Staatsmann und Politiker

vorgeschlagen wird, der im aktuellen regionalen Ansehen weitgehend unumstritten als verdienstvoll betrachtet wird. Es entsteht hier eine zusätzliche und notwendige mit Dissens verbundene Debatte, die nicht durch aktuelle politische Aufgaben getrieben ist, sondern vielmehr wichtigeren politischen Diskussionen die erforderliche Aufmerksamkeit nimmt.

Auch die Mitteldeutsche Flughafen AG sieht für einen Antrag zur Namensänderung des Flughafens geringe Aussicht auf Erfolg in ihren Gremien. Bereits vor fünf Jahren sei ein vergleichbarer Beschluss in der Gesellschaft abgelehnt worden. Seitdem habe sich die Sachlage nicht verändert. Die Kosten einer Umbenennung seien beträchtlich.

Der Antrag lässt keine nachvollziehbaren Gründe erkennen, beim Flughafen Leipzig/Halle vom Neutralitätskonsens in der Benennung überörtlicher öffentlicher Einrichtungen abzuweichen und ist deshalb abzulehnen.

## **2. Realisierungs- / Zeithorizont (entfällt bei Ablehnung des Antrags)**

entfällt

Anlage/n  
Keine